

## **Pressespiegel zu Reaktionen nach dem Gesprächsabend am 09.04.2008 „Der Wert der Gedenkstätten“ Initiativkreis „Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus“**

### **CDU will zwei Historiker beauftragen**

**"Ge-Denk-Zellen": Auch FDP, LL und Grüne pochen auf Zusammenarbeit mit der Stadt**

*15.04.2008 / Kultur Lokal / Lüdenscheider Nachrichten*

Was geschah zwischen 1933 und '45 wirklich in den Arrestzellen im Alten Rathaus? Was lässt sich anhand von historischen Dokumenten belegen? Diese Fragen will die CDU geklärt wissen, bevor sie sich weiter zum Thema "Ge-Denk-Zellen" festlegt. Fraktionsvorsitzende Christel Gabler und ihre Parteikollegen favorisieren weiterhin eine gemeinsame Lösung mit dem Museum. Im Rahmen einer Neukonzeption sollte dort auch die Nazi-Zeit beleuchtet werden. Die Lüdenscheider Liste (LL) und die FDP argumentieren ähnlich. Die Grünen fordern nicht nur eine enge Zusammenarbeit des Initiativkreises "Ge-Denk-Zellen" mit der Stadt, sondern präsentieren auch ein Drei-Schritte-Konzept.

"Als notwendig und parteiübergreifend sollte die Neukonzeption der Museumsausstellung über die Jahre '33 bis '45 befürwortet und in Angriff genommen werden." Bei dieser Stellungnahme bleibt die CDU. Eine Antwort erhofft sich Christel Gabler von Dr. Eckhard Trox und Dr. Dietmar Simon. Der Museumsleiter und der Geschichtslehrer vom Bergstadt-Gymnasium seien die beiden "herausragenden Historiker" Lüdenscheids und als solche prädestiniert dazu, das Thema Arrestzellen unvoreingenommen und kompetent zu beurteilen. Mit Blick auf die anderen Gedenktafeln und -stätten in Lüdenscheid unterstreicht Christel Gabler zudem: Ein weiterer losgelöster Ort sei kein erstrebenswertes Ziel.

"Ein weiteres Mahnmal ist nicht erforderlich", gab Bruno Schwarz gestern die Einschätzung der FDP-Fraktion wieder. Ob am Rathaus oder am alten Gewerkschaftshaus oder aber in Form vieler Straßennamen - Orte des Gedenkens gebe es in Lüdenscheid genug. Hinzu komme, dass die Zellen nicht mehr originalgetreu seien. Sie mit erheblichem Aufwand in ihren Ursprungszustand zurück zu versetzen, das mache für die Liberalen keinen Sinn.

Die Lüdenscheider Liste (LL) unterstützt die Initiative, weist aber darauf hin, dass die weitere Diskussion "ohne ideologische Vorbehalte und persönliche Animositäten" weiter geführt werden sollte. Die Sache und das Ziel sollten im Vordergrund stehen, sagte Peter Biernadzki für seine Fraktion und regte an: Ein Konzept sollte in Zusammenarbeit mit den Museen der Stadt erarbeitet und die Umsetzung von Dr. Eckhard Trox und seinem Team mit betreut werden.

"Wir halten das Gedenken an diesem Ort schon für sinnvoll", unterstreicht Tanja Tschöke für die Fraktion der Grünen. Sie fordert den Initiativkreis aber auf, "keine Alleingänge" zu starten, sondern mit der Stadt zusammenzuarbeiten. Tschöke spricht von einem Konzept mit drei Schritten: Kurzfristig sei eine Anschubfinanzierung von der Stadt sinnvoll, damit die "Ge-Denk-Zellen" überhaupt eingerichtet werden könnten. Mittelfristig müssten Ausstellungen folgen, allerdings "adressatenbezogen" und unter Mitarbeit von VHS und Museum. Wichtig dabei: "Eine reine Aufklärung, was damals geschehen ist, ist kein moderner Ansatz." Auf lange Sicht, so die dritte Vorstellung der Grünen, könne es themenbezogene Stadtrundgänge geben. **bja/cob**

### **Arrestzellen: CDU möchte eine "fundierte Untersuchung"**

*16.04.2008 / Lokalausgabe / Westfälische Rundschau*

*Von Carsten Menzel*

Das hat die Unionsfraktion am Montagabend auf ihrer Sitzung beschlossen. Zustimmung zu dem Projekt "Ge-Denk-Zellen" kommt derweil von der Lüdenscheider Liste (LL) und den Grünen; letztere legen Wert darauf, dass die Umsetzung unter Federführung der Stadt geschieht.

Die SPD hatte sich bereits für die Gedenkstätte ausgesprochen und lediglich die Frage der Trägerschaft - Stadt oder ein Verein - offen gelassen. SPD-Fraktionschef Harald Metzger: "Die Zellen sind ein authentischer Ort für Inhaftierung und Folterung".

Genau diesen Umstand möchte die CDU aber überprüft haben. "Für die historische Bewertung der Arrestzellen müssen wissenschaftlich fundierte Tatsachenbeweise erbracht werden", erklärte deren Fraktionschefin Christel Gabler gestern.

Es sei notwendig, einen "Zusammenhang zwischen der Arrestierung und einem weiteren Transport in ein Konzentrationslager mit Todesfolge" zu dokumentieren, wenn es um die Bewertung des Ortes als Mahnstätte geht. Bisher sei von Verbrechen in den Zellen "nichts bekannt", heißt es in einem Papier der CDU-Fraktion.

Darin listet die Union auf, wie viele Gedenk- und Erinnerungsstätten es im Stadtgebiet gibt. An acht Stellen werde an Krieg, Verfolgung, Flucht und Vertreibung erinnert; 13 Straßen oder Gebäude seien nach Opfern des NS-Regimes benannt. Hizu kommen der jüdische Friedhof und der jährliche Holocaustgedenktag im Januar. Daher brauche es keine weiteren äußeren Zeichen des Erinnerns - eine Einschätzung, der sich die FDP anschließt. Bruno Schwarz: "Es braucht keine Außenstelle des Muesums".

Mit der Diskussion um die "Ge-Denk-Zellen" fordert die CDU allerdings eine "Neukonzeption der Muesumsausstellung über die Jahre 1933 - 45" und hofft auf eine "parteiübergreifende Zustimmung".